

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 6. September 1957

Blatt 1785

## Arkadenhofkonzert-Bilanz

=====

### 29.630 Besucher - 6 Konzerte wegen Schlechtwetters abgesagt

6. September (RK) Die Arkadenhof-Konzertsaison 1957 ist nun zu Ende gegangen. Leider hatte es diesmal der Wettergott mit den Veranstaltern nicht sehr gut gemeint. Von den 19 projektieren Konzerten mußten nicht weniger als sechs, darunter das sonst so publikumswirksame Strauß-Konzert abgesagt werden. Aber auch von den 13 durchgeführten Veranstaltungen litten einige unter der ungünstigen Witterung.

Trotzdem kann man sagen, daß die Beliebtheit der Arkadenhofkonzerte bei schönem Wetter nach wie vor sehr groß ist. Vor allem die ausländischen Besucher Wiens haben gerne von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die oft gepriesene Musikkultur unserer Stadt persönlich kennenzulernen.

Insgesamt wurden heuer 29.630 Besucher bei 13 Konzerten gezählt, im Durchschnitt war jedes Konzert von 2.279 Personen besucht. Im Vorjahr wurden von 18 Konzerten nur zwei abgesagt, die Besucherzahl betrug damals 39.240 Personen. Der Durchschnittsbesuch pro Konzert war 2.452.

Folgende Dirigenten leiteten die Arkadenhofkonzerte 1957: Hans Antolitsch, Miltiades Caridis, Wolfgang Gabriel, Michael Gielen, Max Heider, Dr. Gustav Koslik, Franz Litschauer, Rudolf Moralt, Karl Österreicher, Kurt Richter, Max Schönherr, Robert Schollum, Etti Zimmer.

Es spielten die Orchester: Wiener Symphoniker, Großes Wiener Fankorchester und Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester.

- - -

Rundfahrt "Neues Wien"  
=====

6. September (RK) Montag, 9. September, Route 5 mit Besichtigung des Strandbades "Gänsehäufel", des Wasserparkes, der Wohnhausanlage am Kapaunplatz, des Karl Marx-Hofes und anderer Wohnhausanlagen im 19. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Bernardes und Jolles bei Bürgermeister Jonas  
=====

6. September (RK) Der Präsident der vorbereitenden Kommission der Internationalen Atombehörde, Gesandter Carlos A. Bernardes, und der Exekutivsekretär der Kommission, Dr. Paul Rudolf Jolles, wurden heute von Bürgermeister Jonas in Anwesenheit von Magistratsdirektor Dr. Kinzl im Rathaus empfangen. Sie informierten den Bürgermeister über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen für die große Konferenz.

- - -

Die Straßenbahn zur Herbstmesse  
=====

6. September (RK) Aus Anlaß der Wiener Herbstmesse werden folgende Verkehrsmaßnahmen getroffen:

Von Sonntag, den 8. bis einschließlich Sonntag, den 15. September, werden während des Messebesuches folgende Straßenbahnlinien verlängert:

Die Linie H<sub>2</sub> und die Linie L zur Praterhauptallee;

die Linien A und Ak werden über Ausstellungsstraße zur Lagerhausschleife geführt.

Von Montag, den 9. bis einschließlich Samstag, den 14. September wird die Autobuslinie 4 in der Zeit von 8.30 bis 18.30 Uhr vom Praterstern über Ausstellungsstraße zum Messegelände verlängert. Der Fahrpreis über die Strecke Praterstern - Messegelände

./.

oder umgekehrt beträgt 1 Schilling.

Überdies wird von Sonntag, den 8. bis einschließlich Sonntag, den 15. September, an den beiden Sonntagen in der Zeit von 8.30 bis 18.05 Uhr und an den Werktagen in der Zeit von 8.30 bis 16.00 Uhr eine kurzgeführte Autobuslinie 4 vom Messepalast über Operngasse - Kärntner Straße - Stephansplatz - Aspernplatz - Praterstern zum Messegelände, Westportal und zurück geführt. Die Haltestelle, Teilstreckengrenzen und Fahrpreise sind die gleichen wie auf der Autobuslinie 4.

- - -

#### Amerikanische Sänger im Wiener Rathaus

=====

6. September (RK) 50 Mädels und Burschen, die jüngsten Mitglieder der bekannten Chorvereinigung der Arbeiterschaft von Rochester im Staate New York, die nach einer mehrwöchigen Tournee durch Deutschland für einige Tage nach Wien gekommen sind, brachten heute vormittag Bürgermeister Jonas im Roten Salon des Wiener Rathauses ein Ständchen. Zu ihrer Begrüßung hatten sich Vizebürgermeister Honay und die Stadträte Mandl und Lakowitsch eingefunden. Der Chor und sein Dirigent Harold Tausch wurden den Stadtvätern durch den Vorsitzenden des Arbeiter-Sängerbundes Pinker vorgestellt.

Bürgermeister Jonas bedankte sich für die ausgezeichneten gesanglichen Darbietungen der Jugendlichen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sie eigens nach Wien gekommen sind, um unsere berühmten Musikergedenkstätten zu besuchen. "Ihr kommt in eine Stadt", sagte er, "deren Bewohner es gelungen ist, schwere Zeiten samt den zehn Jahren der Besetzung glücklich zu überwinden. Zehn Jahre lang haben uns die Besatzungsmächte junge Menschen, ausnahmslos aber nur in Uniform, geschickt. Jetzt kommen sie mit ihren Liedern zu Besuch, was uns entschieden sympathischer ist und was uns mit aufrichtiger Freude erfüllt!"

Der Jugendchor von Rochester besteht zum größten Teil aus jungen Amerikanern deutscher und österreichischer Abstammung. In seinen Repertoire fehlen daher auch unsere Volkslieder nicht. In Wien waren die jungen Amerikaner leider nur ein einziges Mal zu hören; sie wurden eingeladen im Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf vor jungen Lehrern zu singen.

- - -

Plastiken auf der Wiener Messe  
=====

6. September (RK) Mitglieder des Künstlerverbandes österreichischer Bildhauer haben wieder zur Herbstmesse einige ihrer Arbeiten beigestellt. Im Rotundengelände werden folgende Bildhauer ausstellen: Bock, Josephu, Nieschlag, Petrucci, Satzinger, Jagner, Jenzelis und Wrba.

Im Atelier neben dem Zollamt im Messepalast ist der Maler Leopold Schmid mit einer Kollektion vertreten.

- - -

Vortrag über "Public Relations"  
=====

6. September (RK) Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft und des Österreichischen Städtebundes wird Mittwoch, den 11. September, um 15.30 Uhr, Dr. Ernst Kaussmann vom Verband kommunaler Unternehmungen, München, im Stadt-senatssitzungssaal des Wiener Rathauses über "Public Relations - Wir und die öffentliche Meinung" sprechen.

Der Vortragende hat es sich zum Ziel gesetzt, die wechselseitigen Beziehungen zwischen Öffentlichkeit und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zu beleuchten.

Durch eine Intensivierung dieser Beziehungen wird es möglich sein, sowohl eine wesentliche Steigerung des Verständnisses seitens des Publikums für diese Unternehmungen als auch eine größtmögliche Berücksichtigung der Forderungen der Allgemeinheit durch die Gemeinwirtschaft zu erreichen. In diesem Sinne kommt dem Vortrag zweifellos höchste Aktualität zu.

- - -

Pferdenachmarkt vom 5. September  
=====

6. September (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 88 Stück aus Jugoslawien, Preis 6.20 bis 6.90 S.

- - -

Christian Ehrenfels zum Gedenken  
=====

6. September (RK) Am 8. September sind es 25 Jahre, daß der Philosoph und Dichter Christian Ehrenfels in Prag gestorben ist.

Am 20. Juni 1859 in Rodaun geboren, wurde er Berufssoldat und absolvierte in seiner Militärzeit die Fachstudien. Dann nahm er seinen Abschied und habilitierte sich an der Wiener Universität. 1896 erfolgte seine Berufung nach Prag, wo er als Ordinarius und nach seiner Emeritierung als Honorarprofessor wirkte. Sein Schaffen war außerordentlich weitreichend und fruchtbar. Als Philosoph hat er vor allem der Ethik und der Psychologie neue Wege gewiesen und auf beiden Gebieten Wertvolles geleistet. 1897 wurde sein zweibändiges Werk "System der Werttheorie" veröffentlicht, 1907 erschienen die beiden Bücher "Grundbegriffe der Ethik" und "Sexual-Ethik", die viel diskutiert wurden. Besonders wichtig sind seine psychologischen Arbeiten. Auch mathematische, biologische und religiöse Fragen beschäftigten ihn. In jungen Jahren besaß er großen dichterischen Ehrgeiz und schrieb in hymnischer Sprache unter dem formalen Einfluß Richard Wagners Texte für Musikdramen, die er in einem eigenen Schauspielhaus aufführen lassen wollte. Das bekannteste von ihnen ist die Tetralogie "Kampf des Prometheus". Christian Ehrenfels gehörte zu den stärksten Begabungen, die die an Talenten so reiche zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Österreich hervorgebracht hat.

-- -- --

Die Vorschläge zur Sanierung der Wiener VerkehrsbetriebeBericht über die Arbeit der Studienkommission

6. September (RK) Die Beratungen der durch Experten erweiterten Studienkommission der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe dauerten vier Tage. Vorsitzender der Kommission ist der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, Frankowski. Zu den ständigen Mitgliedern gehören: Von den Verkehrsbetrieben: Direktor Dipl.-Ing. Grohs, Vizedirektor Dipl.-Ing. Görg, Obermagistratsrat Dr. Mauric, Personalvertreter Oberamtsrat Ullmann und Personalvertreter Kostelecky; von den auswärtigen Fachleuten: Direktor i.R. Dipl.-Ing. Benesch, Konsulent der Wiener Landesregierung (M.A. 46), Professor Dr. Bouffier, Hochschule für Welthandel, Generaldirektor Ing. Egger, Stadtwerke Innsbruck, Direktor Dr. Krempler, Österreichische Bundesbahnen, Generaldirektor Seindl, Stadtwerke Graz, Ministerialrat Dipl.-Ing. Schauerhuber, Österr. Kuratorium für Wirtschaftlichkeit.

Als Experten der politischen Parteien wurden delegiert:

SPÖ: Dozent Dkfm. Rois, Hochschule für Welthandel, Generaldirektor Dr. Schantl, Österreichische Bundesbahnen; ÖVP: Sektionschef a.D. Dr. Grailer, Hofrat Dipl.-Ing. Korwik, Direktor Dipl.-Ing. Rieger, Simmering-Graz-Pauker A.G.

Wie bereits berichtet, hat sich die Studienkommission mit den Vorschlägen der ÖVP und weiteren Vorschlägen der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe beschäftigt. Das Verhandlungsprogramm wurde von der Kommission in zwei Teile geteilt. Zunächst soll vordringlich eine finanzielle Bedeckung des Abganges für das Jahr 1958 gefunden werden. Über die Möglichkeiten einer dauernden Sanierung wird die Kommission im Herbst neuerlich beraten.

Insgesamt wurden von der Kommission 11 Empfehlungen ausgearbeitet und einhellig angenommen.

Zuerst beschäftigte sich die Kommission mit den Vorschlägen der ÖVP zur Beseitigung der derzeitigen ungünstigen finanziellen Situation der Wiener Verkehrsbetriebe. Es handelte sich dabei vor allem darum, für das Budget des kommenden Jahres die nötige Bedeckung zu finden. Dieses Programm umfaßt drei große Gruppen.

Zuerst soll überprüft werden, welche Sanierungsmaßnahmen die Stadtwerke in sich selbst durchführen können. Dann soll überprüft werden, welche im Vorschlag der ÖVP angegebenen Belastungen der Verkehrsbetriebe von der Gemeindeverwaltung zu tragen wären. Schließlich wäre noch zu untersuchen, welche Belastungen der Bund zu tragen hätte.

Es wurde vorgeschlagen, die von der Studienkommission in den vorangegangenen Sitzungen beschlossenen und in den ÖVP-Vorschlag übernommenen Einsparungsmaßnahmen in der Höhe von 12,7 Millionen Schilling pro Jahr anzuerkennen. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß dieser Betrag erst im Jahre 1959 zur Gänze eingespart werden kann, während dies im Jahre 1958 nur in einem weit geringeren Ausmaß möglich sein wird.

Zu den weiteren im Sanierungsvorschlag der ÖVP aufscheinenden Punkten: Subventionen der Elektrizitätswerke und Gaswerke sowie der Bestattung von jährlich 103 Millionen Schilling, Aufhebung der Gebrauchsgebühren der Elektrizitätswerke von jährlich 20,5 Millionen Schilling, Aufhebung der Gebrauchsgebühren der Gaswerke von jährlich 19,8 Millionen Schilling, Kostendifferenz bei Strom und Gas für öffentliche Beleuchtung von jährlich 14,2 Millionen Schilling, welche Beträge den Verkehrsbetrieben zur Verfügung gestellt werden sollen, gibt die Studienkommission folgende Empfehlungen:

Die Studienkommission vertritt die Auffassung, daß sich jedes Teilunternehmen selbständig erhalten muß. Es soll daher die bisherige Subventionspolitik etappenweise, längstens innerhalb von drei Jahren, abgebaut werden. Der gegenwärtigen Zwangslage entsprechend, erklären sich jedoch die Direktionen der Teilunternehmungen bereit, im Jahre 1958 den Betrag von insgesamt 103 Millionen Schilling für die Verkehrsbetriebe aufzubringen.

Auch die Streichung der Gebrauchsgebühr durch die Gemeinde Wien wird empfohlen. Selbstverständlich müssen aber die dadurch freiwerdenden Beträge den Gaswerken, bzw. Elektrizitätswerken

für dringend notwendige Investitionen verbleiben.

Empfohlen wird auch, daß den Elektrizitätswerken und Gaswerken für die öffentliche Beleuchtung von der Hoheitsverwaltung die Selbstkosten vergütet werden. Die daraus erzielten Mehreinnahmen sollen grundsätzlich den beiden Unternehmungen verbleiben.

Die Verwirklichung dieser beiden Empfehlungen würde den E- und Gaswerken rund 54,5 Millionen Schilling bringen. Mit dieser Summe würde den Elektrizitäts- und Gaswerken die Gewährung von Subventionen an die Verkehrsbetriebe während der Sanierungsperiode erleichtert werden.

Die Studienkommission spricht sich im Sinne des ÖVP-Vorschlages für die vorgeschlagene Vergütung für die den Verkehrsbetrieben durch die Ausgabe von Jugendfürsorgefahrtscheinen, Freikarten für Zivilinvaliden, Rückfahrtscheine für Begleitpersonen debiler Kinder, Monatskarten für Fürsorgeräte und Jahresfreikarten für Gemeindefunktionäre entstehende Belastung aus. Im Jahre 1956 ergab sich daraus eine Belastung von rund 10,75 Millionen Schilling. Alle diese Ermäßigungen kommen bestimmten Personengruppen zugute.

Da ein Teil des Aufwandes für die Schneesäuberung, die die Verkehrsbetriebe durchführen, auch dem allgemeinen Verkehr zugute kommt, wurde empfohlen, 50 Prozent der entstehenden Gesamtkosten der Hoheitsverwaltung anzurechnen. Diese bewegten sich in den letzten Jahren zwischen 3 und 6 Millionen Schilling.

Im ÖVP-Vorschlag wurde auch die Streichung der Vergebungsgebühr in der Höhe von etwa 18 Millionen Schilling gefordert. Diese Forderung ist inzwischen vom Finanzreferenten der Gemeinde Wien erfüllt worden.

Der ÖVP-Vorschlag auf Erlassung der Beförderungssteuer von ca. 9,5 Millionen Schilling jährlich durch den Bund wurde von der Kommission ebenfalls empfohlen.

Ferner wird im ÖVP-Vorschlag vom Bund eine Refundierung für die freie Beförderung von Kriegsbeschädigten und Opferbefürsorgten sowie eine Refundierung der 50prozentigen Ermäßigung für Beförderung von Arbeitslosen und eine entsprechende Entschädigung für die verbilligte Beförderung von Polizeiorganen gefordert. Auch in diesen Punkten deckt sich die Auffassung der Studienkommission mit der im ÖVP-Vorschlag zum Ausdruck gebrachten. Die Erfüllung dieser Wünsche würde für die Verkehrsbetriebe eine Mehreinnahme von ca. 50 Millionen Schilling pro Jahr bedeuten.



Durch den ständig zunehmenden Individualverkehr ist die Gemeinde Wien gezwungen, Straßen umzubauen und neue Verkehrsflächen zu schaffen. Es sei hierbei an den Praterstern, Engelsplatz, Ausbau der Mariahilfer Straße, Matzleinsdorfer Platz und dergleichen erinnert. Im Zusammenhang damit müssen die Verkehrsbetriebe auch Gleisverlegungen vornehmen, die aus betrieblichen Gründen nicht notwendig gewesen wären. Die daraus entstehenden Mehrkosten, die in den letzten Jahren etwa 14 Millionen Schilling jährlich betragen, sollen über Vorschlag der ÖVP von der Hoheitsverwaltung getragen werden. Die Studienkommission schließt sich dieser Auffassung grundsätzlich an und schlägt vor, auch vom Bund einen größeren Anteil aus den Einnahmen des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer zu verlangen.

Der ÖVP-Vorschlag sieht weiter vor: "Zur Deckung des restlichen Abganges hat die Hoheitsverwaltung jeweils einen entsprechenden Teil der Altpensionlasten, die pro 1957 mit 199,5 Millionen Schilling veranschlagt worden sind, zu übernehmen. Für das Jahr 1957 sind zum Ausgleich der Erfolgsrechnung aus diesem Titel 34,9 Millionen Schilling zu leisten."

Nach einer längeren Debatte kam die Kommission zur Auffassung, daß ein Rechtstitel auf Übernahme der Pensionen durch die Hoheitsverwaltung nicht zwingend abgeleitet werden kann. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß der Pensionsaufwand bei den Wiener Verkehrsbetrieben außerordentlich hoch ist und weit über den internationalen Normen liegt. In der Empfehlung der Studienkommission heißt es:

"Die Beratungen der Studienkommission haben ergeben, daß der für das Jahr 1958 errechnete bilanzmäßige Abgang von 293 Millionen S voraussichtlich zum größten Teil durch die Ergebnisse der beschlossenen Empfehlungen gedeckt werden könnte.

Ein in seiner Höhe derzeit nicht genau feststellbarer Rest soll nach Vorschlag der Direktion der Verkehrsbetriebe durch eine Tarifumgestaltung gedeckt werden.

Sollte aber die beschließende Körperschaft die Meinung vertreten, daß eine solche Tarifumgestaltung mit Rücksicht auf in- und außerhalb des Unternehmens liegende Umstände (wie etwa überhöhte Pensionsaufwendungen der Verkehrsbetriebe, staatspolitische oder sozialpolitische Gründe, bzw. die noch fest-

zulegenden Grundlagen der Dauersanierung) nicht vertretbar ist, so wäre der verbleibende Rest durch einen Sanierungszuschuß der Hoheitsverwaltung zu decken."

Zum Schluß der Erörterungen des ÖVP-Vorschlages wurde zu der darin aufscheinenden Behauptung: "Eine Tarifregulierung kommt zufolge der Auswirkungen und Erfahrungen der letzten Tarifierhöhung und im Hinblick auf die wiederholten Enunziationen der Wirtschaftskommission nicht in Frage und scheidet daher aus den weiteren Überlegungen aus!" von der Direktion der Verkehrsbetriebe, ohne für oder gegen eine Tarifierhöhung Stellung zu nehmen, folgendes festgestellt:

Die letzte Tarifierhöhung der Verkehrsbetriebe hat den anläßlich des Beschlusses derselben im Gemeinderat vorgelegten Schätzungen entsprochen. Sie erbrachte eine Mehreinnahme von über 140 Millionen Schilling. Diese Mehreinnahme deckte das damalige Defizit. Die inzwischen durchgeführten beiden Etappen der Gehaltsregulierung der öffentlich Angestellten haben eine weitere Belastung der Verkehrsbetriebe von ungefähr 120 Millionen Schilling verursacht, wodurch das Unternehmen neuerlich notleidend wurde.

Auch die Behauptung, daß sich die Wirtschaftskommission der Bundesregierung grundsätzlich gegen Tarifierhöhungen ausspricht, sei nicht zutreffend.

Die Studienkommission beschäftigte sich ferner noch mit weiteren Vorschlägen der Direktion der Verkehrsbetriebe. Diese betreffen Vorschläge für Einsparungsmaßnahmen innerhalb des Betriebes, die die volle Zustimmung der Studienkommission fanden. Dadurch können etwa sieben Millionen Schilling eingespart werden. Weiters wurde zustimmend zur Kenntnis genommen, daß die zur Verfügung stehenden Reklamemöglichkeiten noch mehr als bisher finanziell ausgenützt werden sollen.

Wien hat nicht nur innerhalb Österreichs, sondern in ganz Europa die höchsten Begünstigungen bei den sozialen Tarifen. Daher hat sich die Studienkommission mit der Neuregelung dieser Begünstigungen ausführlich beschäftigt und hiezu folgende Empfehlung ausgearbeitet:

Die Studienkommission empfiehlt eine Neuregelung der sozialen Begünstigungen im Tarif entsprechend den Vorschlägen der Direktion der Verkehrsbetriebe.

Nach diesen soll die in der Ersten Republik bestandene Benützungsbefreiung für Wochenkarten (gültig nur an Werktagen zur Hinfahrt bis 8 Uhr, zur Rückfahrt zwischen 14 und 22 Uhr, an Samstagen ab 13 Uhr) wiedereingeführt werden.

Weiter wurde eine Hin- und Rückfahrkarte, wie sie seinerzeit neben den Wochenkarten mit den gleichen Benützungzeiten in Verwendung stand, wieder vorgeschlagen.

Schließlich wurde von der Studienkommission auch der Vorschlag der Direktion auf Einschränkung der Benützbarkeit der 5-Tage-Wochenkarte auf die Tage Montag bis Freitag empfohlen. Die vorgeschlagenen Einschränkungen lassen eine jährliche Mehreinnahme von 15,4 Millionen Schilling erwarten.

Die Verkehrsbetriebe haben darüber hinaus auch vorgeschlagen, die prozentuelle Ermäßigung der Wochenkarten zu kürzen oder eine Einkommensgrenze für den Bezug von Wochenkarten festzusetzen. Die hierdurch erzielbaren Mehreinnahmen dürften ungefähr 30 bis 40 Millionen Schilling pro Jahr betragen.

Die in Wien für Wochenkartenbenützer festgelegte Ermäßigung von 50 Prozent ist im Vergleich zu den von anderen in- und ausländischen Straßenbahnen gewährten Begünstigung am höchsten. Bei der derzeit ausgegebenen Wochenkarte bedeutet jedes Prozent Ermäßigung einen Einnahmeverlust von rund 2,9 Millionen Schilling pro Jahr.

Falls eine Herabsetzung des Prozentsatzes der Ermäßigung für Wochenkarten nicht gewünscht werden sollte, müßte nach Vorschlag der Direktion der Verkehrsbetriebe unbedingt an eine Einschränkung des Benützungskreises durch Festsetzung einer Einkommensgrenze wie in Graz, Innsbruck und anderen Städten gedacht werden.

Beide Koalitionsparteien haben die Einführung eines Kurzstreckentarifes in Aussicht gestellt.

Die Direktion der Verkehrsbetriebe hat in Durchführung dieses Antrages Vorschläge ausgearbeitet, die einen Kurz- und Langstreckentarif oder Kurz-, Mittel- und Langstreckentarif vorsehen.

Den Berechnungen ist hierbei ein Verhältnis vom Kurzstrecken- zum Langstreckenpreis wie etwa 2 : 3, für Kurz-, Mittel- und Langstreckenpreis wie 2 : 2'5 · 3 zugrunde gelegt.

Ein Kurzstreckentarif bei unveränderter Höhe des bestehenden Langstreckentarifes wäre nach Ansicht der Direktion der Verkehrsbetriebe grundsätzlich abzulehnen, weil er bestimmt keine Einnahmeerhöhung, sondern eine nicht abzuschätzende Einnahmeverminderung durch die Überwanderung von der Lang- auf die Kurzstrecke, die sicherlich den Zuwachs an Kurzstreckenfahrern überwiegt, bewirkt.

Die Tarifvorschläge der Direktion der Verkehrsbetriebe wurden ohne Stellungnahme der Studienkommission an das Verhandlungskomitee der Koalitionsparteien weitergeleitet.

In Durchführung all dieser Beschlüsse muß nun vor allem geklärt werden, inwieweit die Hoheitsverwaltung der Stadt Wien und die zuständigen Bundesministerien die gestellten Forderungen erfüllen. Erst nach dieser Klarstellung kann festgestellt werden, welcher Betrag im Budget der Verkehrsbetriebe für das Jahr 1958 noch zu decken sein wird.

- - -

Zum Explosionsunglück auf dem Vogelweidplatz  
=====

6. September (RK) Am 3. September ereignete sich auf der Baustelle der Wiener Stadthalle in einem Raum des Verwaltungsgebäudes beim Kleben des Gummibelages eine Explosion, bei der bedauerlicherweise drei Arbeiter Verbrennungen erlitten. Eine Wiener Tageszeitung nahm diesen Arbeitsunfall zum Anlaß, um auch den Organen der städtischen Bauleitung auf dem Vogelweidplatz Vorwürfe zu machen. Unter anderem wurde behauptet, daß "der Magistrat" die Arbeiten "rücksichtslos" voranzutreiben versucht und dadurch eine gefährliche Situation heraufbeschwor. Abgesehen von anderen Unrichtigkeiten wird noch behauptet, daß Asphaltgießer und Gummileger trotz warnender Hinweise auf die bestehende Gefahr über Weisung der Bauleitung nebeneinander arbeiten mußten. Demgegenüber stellt das Stadtbauamt fest, daß die Firmen von den städtischen Aufsichtsorganen der Baustelle in keiner Weise dazu veranlaßt wurden, die Arbeiten gleichzeitig durchzuführen. Die Ursachen der Explosion sind gegenwärtig noch Gegenstand einer polizeilichen Untersuchung, deren Ergebnis nicht vorgegriffen werden darf. Das Stadtbauamt verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß sämtliche Arbeiten nur an befugte Firmen vergeben wurden. Das Verlegen von Gummibelägen ist an eine Konzession gebunden und die ausführende Firma muß für die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften selbst Sorge tragen.

- - -